

■ Konrad Ege

W ehlagen und Spott gab es noch im Herbst über den betagten Joe Biden, der so farblos wahlkämpfe im „Keller seines Wohnhauses“, ein Mann aus der Vergangenheit und einer anderen Welt. Eine Revolution ist nicht ausgebrochen in Washington, doch Präsident Biden tritt ziemlich resolut für Reformen ein, die ihm viele linke Demokraten nicht zugetraut hätten. Auch wartet er offenbar nicht so lange wie Barack Obama auf republikanische Kooperation. Das birgt Risiken, die demokratische Mehrheit im Kongress ist knapp, dennoch – Biden regiert.

Sein Corona-Programm wird allmählich dem Ausmaß der Not gerecht. Bei Einwanderung und Klimaschutz signalisiert das Team Biden/Harris Dringlichkeit. Ihr Programm will Umweltgerechtigkeit für besonders betroffene Gegenden mit afroamerikanischer, indigener oder Latino-Bevölkerung. Und dann plant das Weiße Haus, das Lager Guantánamo zu schließen, ebenso die Privatgefängnisse im nationalen Strafvollzug. Schließlich soll es einen 15-Dollar-Mindestlohn geben, mehr als doppelt so hoch wie im Moment.

Immer noch loyal zu Trump

Inzwischen hat sich gezeigt, was der leichteste Job ist in Washington: Ex-Präsident Trump gegen die Impeachment-Anklage zu verteidigen, er habe am 6. Januar zum Sturm auf das US-Kapitol angestiftet. Trumps Anwälte machten nach ein paar Stunden Schluss in der Gewissheit, es würden genügend republikanische Senatoren gegen eine Amtsenthebung stimmen. Und so kam es. Die demokratische Hoffnung ist zerronnen, republikanische Politiker würden nach der Gewalt den absurden Vorwurf der Wahlfälschung und ihre Loyalität zu Trump aufgeben. Wer in der Republikanischen Partei seinen Posten behalten will, muss die mit Horrormeldungen von manipulierten Wahlen gemästete Basis bedienen.

Die Politiker im rechten Amerika haben sich weitgehend auf die Erwartung zurückgezogen, dass sie womöglich trotz aller demografischen Veränderung noch eine Zeit lang als rechte weiße Partei Macht ausüben oder zumindest das Regieren der Demokraten sabotieren können. Langfristig fragwürdig, doch kurzfristig gar nicht so unsinnig, blickt man auf Umfragen und Umstände vor Ort: Trumps Werte sind landesweit im Keller, aber bei einer klaren Mehrheit der Republikaner genießt er nach wie vor großes Ansehen. Eine Ausnahme war Mitte Februar Nikki Haley, Trumps ehemalige UN-Botschafterin und mögliche Präsidentenschaffanwärterin für 2024. Im Magazin *Politico* hat sie nach Jahren der Servilität bedauert, dass Trump seine Partei „im Stich gelassen“ habe. „Wir hätten nicht auf ihn hören sollen.“



Im Westen was Neues

USA Joe Biden scheint entschlossen, ohne und notfalls gegen die Republikaner zu regieren

Das Kapitol ist üblicherweise das Ziel von Touristen, nicht Trumpisten

Die mit dramatischen Videos untermauerte Impeachment-Anklage war erschütterndes Polittheater und etwas für Geschichtsbücher. Demokraten mussten im Kongress so tun, als könnten sie Republikaner überzeugen. Dabei konnten die gar nie für eine Amtsenthebung stimmen, ohne sich selbst infrage zu stellen. Die Mehrzahl hat die Lüge von der gestohlenen Wahl mitgetragen.

Die Hauptgefahr für die US-Demokratie kommt nicht von rechtsextremem Proud Boys und dem Mann mit den Hörnern auf dem Kopf, der unweigerlich auftritt, sobald Bilder vom erstürmten Kapitol zu sehen sind. Dieser „Qanon Shamane“ erklärte im NBC-Fernsehen, die Aktion sei ein Erfolg gewesen. Man habe „die Verräter“

gezwungen, „ihre Gasmaske aufzusetzen und in ihren Untergrundbunker zu fliehen“. Zwischenzeitlich ist er in Haft, der Staat hat den Behörden freundlicherweise in ein Gefängnis verlegt, in dem es Bio-Essen gibt, das er aus Glaubensgründen braucht.

Die entscheidende Gefahr ergibt sich aus dem tief verwurzelten Verschwörungsglauben und der antidemokratischen Wut im konservativen Teil der Gesellschaft. Das Magazin *The Atlantic* hat sich die Randalierer angeschaut, gegen die Anklage erhoben wurde. Darunter seien zahlreiche Amerikaner, die als „respektable Leute“ durchgehen könnten, hieß es, Unternehmer, Ex-Militärs, Polizisten. Die Mittelklasse sei gut repräsentiert gewesen. Diese Kli-

entel sei in der Überzeugung dabei gewesen, man habe ihr das „unantastbare Recht zum Herrschen“ gestohlen.

Herkömmliche Analysen vom Konflikt zwischen Wohlhabend und Arm, Eigentümer und Arbeiter treffen die Zustände in der Republikanischen Partei nicht unbedingt. Es geht den Rechten um Selbstverständnis und Ideologie, die nicht immer im Einklang steht mit wirtschaftlichen Interessen, die sonst bei den Republikanern gut aufgehoben sind. Die Handelskammer, ziemlich verlässlich republikanisch, hat sich deutlich distanzieren vom Verleugnen des Wahlergebnisses. Das untergrabe Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, man begrüße Bidens 1,9 Billionen Dollar schweres Rettungspaket zur Corona-Hilfe.

Biden ist es abseits vom Impeachment-Verfahren gelungen, die breite Allianz seines Wahlsieges zusammenzuhalten. Gern wird Lob von Bernie Sanders zitiert, wie das in der *New York Times*: Präsident Biden sei wie Franklin D. Roosevelt 1933 zu einer außerordentlichen Zeit der Krise an die Regierung gekommen. Und nun finde man Biden wie FDR „bereit, groß zu denken und nicht klein, um die vielen, vielen Probleme der Familien aus der Arbeiterschicht anzugehen“, so Sanders. Bei Roosevelt bedeutete großes Denken, angesichts der Weltwirtschaftskrise, 25 Prozent Arbeitslosen und bankrotten Banken radikale Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu ergreifen. Dazu zählten Wirtschaftshilfen und letztendlich ein „New Deal“ mit langfristigen Reformen im Arbeitsrecht, einer Finanzregulierung und Rentenversicherung.

Polizisten, Unternehmer, Ex-Militärs – der Sturm auf das Kapitol kam aus der Mitte

Biden hat vor seiner Vereidigung vom Verlangen nach Einheit gesprochen und vom Wunsch, Republikaner mit ins Boot zu nehmen. Deren Abstimmungsverhalten beim Impeachment könnte für ihn etwas Befreiendes haben: Mit ihrem Freibrief für Trump (nur sieben ihrer 50 Senatoren waren für die Amtsenthebung) haben die Republikaner bestätigt, noch immer die Partei von Donald Trump zu sein. Die Demokraten hielten zusammen. Mancher von ihnen hatte beim Ansturm auf das Kapitol wohl Angst um sein Leben. Das reduziert das Verlangen, überparteiliche Rücksicht zu nehmen. Demokraten aus dem Zentrum wie der Mehrheitsführer im Senat, Charles Schumer aus New York, zeigen sich kompromissbereit: Er möchte bei den nächsten Vorwahlen offenbar nicht gegen Alexandria Ocasio-Cortez antreten müssen, die – so wird spekuliert – vielleicht Senatorin werden will.

Joe Biden ist erst ein paar Wochen im Amt. Im Wahlkampf hatte er sich vom Wunsch, die alte Welt wiederherzustellen, zu der Einsicht durchgedrungen, dass eine solche Rückkehr nicht genügt angesichts der mit Corona zutage getretenen Ungleichheiten. Biden sah sich als Vertreter einer politischen Mitte, die mittlerweile bei der Demokratischen Partei auffallend nach links gerückt ist. Das fortschrittliche und bunte Amerika hat Grund zur Hoffnung und Chancen. Gegen die Rechten gewinnt man nur, wenn die Regierung fähig funktioniert.

Im Westen nichts Neues

NATO Der jüngste Bericht der „Unabhängigen Reflexionsgruppe“ bekräftigt Machtdenken und Staatenkonkurrenz

■ Hans-Georg Ehrhart

Die NATO will sich für eine neue Ära aufstellen. Die Vorarbeiten dazu leistet eine „Unabhängige Reflexionsgruppe“, die im Vorjahr von Generalsekretär Stoltenberg ins Leben gerufen wurde. Der ambitionierte Titel ihres Berichts lautet: *NATO 2030: Vereinigt für eine neue Ära*. Er lag den Verteidigungsministern des NATO-Rats für die Tagung Mitte der Woche vor und ist ein Zwischenschritt unterwegs zu einem neuen strategischen Konzept. Hatten die turbulenten Jahre unter Donald Trump die Allianz in eine veritable Existenzkrise gestürzt, soll nun alles besser werden: mehr Solidarität, mehr Zusammenarbeit, dazu Konsultation und Koordination, eine stärkere politische Rolle und mehr Ressourcen, um für die akuten und künftigen Herausforderungen gewappnet zu sein.

Tatsächlich fordern die Autoren des Reports maßgebend an, die militärische

nicht mehr als alten Wein in neuen Schläuchen. Was sie schreiben, erweckt zunächst den Eindruck, als wolle man am *Harmel-Bericht* von 1967 anknüpfen, der seinerzeit vorsah, ausgehend von einem militärischen Gleichgewicht mit den Warschauer-Pakt-Staaten Konflikte politisch zu lösen. Der jetzt vorgelegte Bericht hingegen will den technologischen und damit auch militärischen Vorsprung der NATO erhalten. Zur Erinnerung: Der Pakt ist die mit Abstand stärkste Militärallianz der Welt. Allein die USA geben mit 730 Milliarden Dollar mehr für Rüstung aus als die nächsten zehn Staaten zusammen.

Statt auf Ausgleich und Verständigung in Europa zu setzen, wird die Neuausrichtung der US-Sicherheitspolitik übernommen. Stand in den vergangenen 20 Jahren der Kampf gegen den internationalen Terrorismus im Vordergrund, ist es nun die Konkurrenz mit Russland und China. Hatte einst Präsident Obama die Russische Föderation noch als Regionalmacht abgetan, wird sie

stellt. Das westliche Bündnis solle zwar offen bleiben für friedliche Koexistenz, diese aber auf einer Politik der Stärke beruhen.

Zudem will man den Stillstand in den Beziehungen mit Russland, zu NATO-Bedingungen auflösen. Wie soll das gehen? Bei aller berechtigten Kritik an der Krim-Annexion und der militärischen Rolle Moskaus in der Ostukraine kann ein Ansatz, der selbstgerecht Maximalzielen folgt, ebenso wenig das Verhältnis entkrampfen wie die Forderung, Leitlinien für verschärfte Sanktionen zu entwickeln.

Kooperation wäre besser

Chinas Macht und globales Engagement, besonders sein autoritäres Herrschaftssystem, beschreibt der Report als „akute Herausforderung“. Peking sei zwar keine unmittelbare Bedrohung wie Russland, wirke aber zunehmend auch militärisch in den atlantischen, mediterranen und arktischen Raum hinein. Wenig überraschend wird empfohlen, gegenüber Peking ebenfalls auf

stehen, sich vor Erpressungsversuchen zu schützen und den technologischen Vorsprung zu halten. Folglich soll auch die NATO – als wäre sie ein Gehilfe der USA – „mehr Zeit, politische Ressourcen und Aktionen“ dem Rivalen China widmen.

Nur was hat die NATO damit zu tun? Das aktuelle strategische Konzept aus dem Jahr 2010 erwähnt China noch nicht einmal. Dass dieser Staat in den letzten Jahrzehnten zu einer führenden Macht aufgestiegen ist, kann keine Überraschung sein. Diese Entwicklung ergibt sich nicht nur aus seiner historischen Rolle, sie wurde nicht zuletzt von den USA und all jenen gewollt, die vom chinesischen Markt profitieren. Es stellt sich also die Frage, wie man am besten kooperiert, um globalen Gefahren wie der Klimaerrosion zu begegnen, statt sich Eindämmungsfantasien hinzugeben.

Auch bei der nuklearen Abschreckung bleibt die NATO jeden Paradigmenwechsel schuldig. Die Experten plädieren für den Erhalt der bekannten Doktrin. Insofern

ung, dass der kürzlich in Kraft getretene Vertrag über das Verbot von Atomwaffen das Völkerrecht nicht berühre. Zumindest für die 52 der 122 Unterzeichnerstaaten, die ihn bereits ratifiziert haben, gilt das Verbot – genauso wie die seit 1967 bestehende Verpflichtung zur vollständigen nuklearen Abrüstung für die Kernwaffenstaaten, zu der sich die Experten freilich nicht äußern.

So liegt der Bericht der Expertengruppe ganz auf der Linie der sogenannten Realisten, für die es um Staatenkonkurrenz und Macht geht. Die Perspektive von „human security“, die ein selbstverständliches Bedürfnis ins Zentrum stellt, liegt ihnen fern, obwohl dem Begriff ein kurzes Kapitel gewidmet wird. Die Corona-Pandemie, der Klimawandel und die akuten sozialen Verwerfungen unserer Zeit verlangen aber genau das: mehr menschliche Sicherheit statt Wettrüsten und Großmachtkonkurrenz.

Hans-Georg Ehrhart ist Senior Research Fellow am Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik.